URGENT ACTION

ERNEUT HINRICHTUNGSTERMIN FESTGESETZT

USA (FLORIDA)

UA-Nr: **UA-031/2015-2** AI-Index: **AMR 51/7138/2017** Datum: **21. September 2017** – ek

Herr **CARY MICHAEL LAMBRIX**, 57 Jahre

Cary Michael Lambrix soll am 5. Oktober um 18 Uhr Ortszeit im US-Bundesstaat Florida hingerichtet werden. Er wurde im Jahr 1984 als 23-Jähriger zum Tode verurteilt. Heute ist Cary Michael Lambrix 57 Jahre alt. Er beteuert seine Unschuld und gibt an, in Notwehr gehandelt zu haben.

Am 6. Februar 1983 wurden Clarence Moore und Aleisha Bryant getötet und in der Nähe des Wohnwagens verscharrt, in dem Cary Michael Lambrix mit Frances Smith lebte. Cary Michael Lambrix wurde wegen Mordes angeklagt. Sein Prozess im Jahr 1983 war letztlich ungültig, da sich die Geschworenen nicht auf ein Urteil einigen konnten. Bei der Neuverhandlung 1984 stimmten die Geschworenen für einen Schuldspruch wegen Mordes in zwei Fällen. Sie sprachen sich mit zehn Stimmen zu zwei für seine Verurteilung zum Tode wegen des einen Mordes, und mit acht zu vier Stimmen für ein Todesurteil wegen des zweiten Mordes aus. Cary Michael Lambrix hat stets seine Unschuld beteuert und gibt an, in Notwehr gehandelt zu haben. Seinen Angaben zufolge hat Clarence Moore Aleisha Bryant getötet und dann Cary Michael Lambrix angegriffen, als dieser versuchte, den Mord an Aleisha Bryant zu verhindern.

Die wichtigste Zeugin der Staatsanwaltschaft gegen Cary Michael Lambrix war Frances Smith, die aussagte, dass Cary Michael Lambrix Clarence Moore und Aleisha Bryant getötet habe. Der Richter gestattete der Verteidigung nicht, widersprüchliche Aussagen zu thematisieren, die sie zu Beginn bei der Polizei gemacht hatte. Deborah Hanzel, die zum Tatzeitpunkt bei einem Cousin von Frances Smith wohnte, sagte aus, Cary Michael Lambrix habe zu ihr gesagt, dass er die beiden Opfer getötet hätte. 2003 zog sie diese Aussage jedoch zurück und sagte, dass er „zu keinem Zeitpunkt auch nur irgendwelche Andeutungen gemacht hat, dass er die beiden umgebracht hat“. Ihren Angaben zufolge hatte Frances Smith ihr gesagt, dass „sie nicht wirklich wusste, was draußen passiert ist, aber Herr Lambrix ihr gesagt hat, dass der Typ [Clarence Moore] ausgeflippt ist und er ihm eins überziehen musste”. Deborah Hanzel sagte, sie habe die Falschaussage gemacht, um die Geschichte von Frances Smith zu bestätigen, und weil „Frances Smith und staatliche Beamte“ ihr „Angst“ vor Cary Michael Lambrix gemacht hätten. Sie räume ihre Falschaussage nun ein, weil sie „sich nicht vor der Wahrheit verstecken“ könne und sich nicht mehr länger schuldig fühlen wolle.

Ende November 2015 wurde der Anwalt von Cary Michael Lambrix darüber informiert, dass man das Gnadengesuch seines Mandanten abgelehnt habe. Der 11. Februar 2016 wurde als Hinrichtungstermin festgelegt. Die Hinrichtung wurde ausgesetzt, nachdem der Oberste Gerichtshof der USA am 12. Januar 2016 entschieden hatte, dass das Statut für Strafzumessung im Bundesstaat Florida verfassungswidrig ist. Der Oberste Gerichtshof von Florida erachtet diese Entscheidung als nicht anwendbar auf solche Fälle, wie den von Cary Michael Lambrix und viele andere, deren Todesurteile vor Juni 2002 verhängt wurden. Auch wenn die Urteile durch nicht-einstimmige Entscheidungen der Geschworenen getroffen wurden, was nun rechtswidrig wäre. Am 9. März 2017 hob der Oberste Gerichtshof die Strafaussetzung auf und sagte „wir werden nicht anfangen, alle Entscheidung der Exekutive anzuzweifeln, ob einem Gnadengesuch stattgegeben werden sollte“. Am 1. September legte der Gouverneur den 5. Oktober als Hinrichtungstermin fest.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Am 12. Januar 2016 kam der Oberste Gerichtshof der USA im Fall Hurst gegen Florida zu dem Schluss, dass die Urteilsfindung bei Kapitalverbrechen in Florida verfassungswidrig ist. Grund dafür ist, dass die Geschworenen dort nur ein Urteil vorschlagen, der Richter jedoch die endgültige Entscheidung trifft.

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Urgent Actions
Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin
T:+49 30 420248-0 . F:+49 30 420248-321. E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00
BIC: BFSWDE33XXX . IBAN : DE23370205000008090100

AMNESTY INTERNATIONAL

Amnesty International wendet sich in allen Fällen, weltweit und ausnahmslos gegen die Todesstrafe. Bis heute haben 141 Länder die Todesstrafe per Gesetz oder in der Praxis abgeschafft. Im Jahr 1972 hat Florida als erster Bundesstaat der USA die Todesstrafe durch ein neues Statut wieder eingeführt, nachdem der Oberste Gerichtshof das nationale Gesetz für die Strafzumessung bei Kapitalverbrechen Anfang 1972 gekippt hatte. Grund für die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs war die willkürliche Art und Weise gewesen, auf die Todesurteile verhängt wurden. Die neuen Statuten, darunter auch das von Florida, wurden im Juli 1976 vom Obersten Gerichtshof bestätigt. Im Jahr 1979 wurde in Florida auf der Grundlage dieser Gesetze die erste „nicht-einvernehmliche" Hinrichtung der USA durchgeführt. Dreieinhalb Jahre vor allen anderen Bundesstaaten. Die erste Hinrichtung nach der Entscheidung im Fall Hurst gegen Florida aus dem Jahr 2016 wurde am 24. August 2017 durchgeführt. Es war die 93. Hinrichtung seit 1976. Die Gesamtzahl der Exekutionen in den USA seit der Wiederaufnahme von Hinrichtungen im Jahr 1976 beläuft sich auf 1.460. 18 Todesurteile wurden im Jahr 2017 vollstreckt.

SCHREIBEN SIE BITTE
FAXE, E-MAILS ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Bitte stoppen Sie die Hinrichtung von Cary Michael Lambrix, überprüfen Sie sein Gnadengesuch erneut und wandeln Sie sein Todesurteil um.
- Ich möchte meine Sorge hinsichtlich der fehlenden Transparenz bei der Überprüfung von Gnadengesuchen in Florida zum Ausdruck bringen und Sie darauf aufmerksam machen, dass Cary Michael Lambrix den Vorwurf des Mordes zurückweist und beteuert, dass er in Notwehr gehandelt hat.
- Zudem ist darauf hinzuweisen, dass Cary Michael Lambrix nach einem Gesetz verurteilt wurde, dass nun als verfassungswidrig eingestuft worden ist. Die Entscheidung der Geschworenen, ihn zum Tode zu verurteilen, war nicht einstimmig und wäre somit nun rechtswidrig in Florida.

APPELLE AN
GOUVERNEUR DES BUNDESSTAATES FLORIDA
Governor Rick Scott
Office of the Governor
The Capitol
400 S. Monroe St.
Tallahassee
FL 32399-0001
USA
(Anrede: Dear Governor / Sehr geehrter Herr Gouverneur)
E-Mail: Rick.scott@eog.myflorida.com

BEGNADIGUNGSAUSSCHUSS VON FLORIDA
Florida Parole Commission
4070 Esplanade Way
Tallahassee
FL 32399-2450
USA
(Anrede: Dear Members of the Clemency Board / Sehr geehrte Mitglieder des Begnadigungsausschusses)
E-Mail: ClemencyWeb@fpc.state.fl.us
Fax: (00 1) 850 414 6031 oder **(00 1) 850 488 0695**

KOPIEN AN
BOTSCHAFT DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA
Herrn Kent Doyle Logsdon
Clayallee 170
14191 Berlin
Fax: 030 830 510 50
E-Mail: über
http://germany.usembassy.de/email/feedback.htm

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**, sodass sie noch vor dem **5. Oktober 2017** ankommen. Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch.

Weitere Informationen zu **UA-031/2015** (AMR 51/008/2015, 12. Februar 2015 und AMR 51/3192/2016, 13. Januar 2016)

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- Calling for the execution to be halted, denial of clemency reconsidered, and the death sentence commuted.
- Expressing deep concern at the non-transparency of Florida's clemency process.
- Noting that Michael Lambrix denies pre-meditated murder and maintains that he acted in self-defence, that that the state's case was circumstantial, and pointing to the Hanzel recantation.
- Noting that Michael Lambrix was sentenced under a law now deemed unconstitutional, and on non-unanimous jury recommendations for the death penalty, which would now be unlawful in Florida.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG (AUF ENGLISCH)

On 12 January 2016, in Hurst v. Florida, the US Supreme Court ruled Florida's capital sentencing scheme unconstitutional because it gave juries only an advisory role in sentencing. This, it said, was incompatible with its 2002 Ring v. Arizona decision that the US Constitution requires juries, rather than judges, to make the factual findings necessary to sentence a defendant to death. In December 2016, the Florida Supreme Court ruled that Hurst applied retroactively to just over half of the nearly 400 prisoners then on death row, who would be entitled to resentencing if the state failed to prove that the "Hurst error" was "harmless". Justice James Perry dissented, arguing that the majority had decided "to arbitrarily draw a line between June 23 and June 24, 2002 – the day before and the day after Ring was decided", but "does not offer a convincing rationale as to why 173 death sentenced persons should be treated differently than those whose sentences became final post-Ring…The majority's application of Hurst v. Florida makes constitutional protection depend on little more than a roll of the dice." Justice Barbara Pariente also argued that Hurst should apply retroactively to all death sentences, pointing out that "we must be extraordinarily vigilant in ensuring that the death penalty is not arbitrarily imposed". She subsequently noted in the March 2017 decision in Michael Lambrix's case that given her way she "would vacate [his] sentences of death and remand for a new penalty phase".

Governor Scott signed into law a new post-Hurst sentencing statute in March 2016. That was ruled unconstitutional by the Florida Supreme Court in October for not requiring juror unanimity on votes for death. The legislature passed a new statute, requiring juror unanimity, which the Governor signed on 17 March 2017. In its October 2016 ruling, the Florida Supreme Court noted evidence that juries not required to reach unanimity "tend to take less time deliberating and cease deliberating when the required majority vote is achieved rather than attempting to obtain full consensus" and noted "that the requirement of unanimity in capital jury findings will help to ensure the heightened level of protection necessary for a defendant who stands to lose his life as a penalty". Florida's lack of a unanimity requirement until now may be one reason why it accounts for more wrongful convictions uncovered in capital cases than any other state, accounting for 17 per cent of the national total since 1973.

Under state law, the Florida governor can grant reprieve from execution of up to 60 days, but can commute a death sentence only with the approval of two members of the Board of Executive Clemency. The Board is comprised of the Governor and members of the Cabinet. The Governor can deny clemency for any reason, regardless of the Board's vote on the matter. Executive clemency has not been granted in a Florida capital case since 1983. In 2006, the American Bar Association concluded that the lack of transparency surrounding Florida's clemency process meant that it was impossible to determine the extent to which "inappropriate political considerations" impacted that process. In a letter to the Board of Executive Clemency after Michael Lambrix was denied clemency in 2015, his lawyer submitted that his client had received neither a "meaningful clemency interview" nor a "meaningful clemency hearing".